



„WE HAVE A DEAL!“, JUBELTE EU-RATSPRÄSIDENT MICHEL ÜBER DAS EILIG DURCHGEBOXTE NEUE MILLIARDENPAKET FÜR DIE UKRAINE.

BLUTIGE MILLIARDEN

Brüssel zwingt die europäischen Bürger dazu, mit 50 Milliarden für die Ukraine in die Bresche zu springen. Geld, das man nicht hat und borgen muss. Denn das Friedensprojekt EU ist tief verschuldet.



QUERGEDACHT
DI DR. KLAUS WOLTRON

Am 1. Februar 2024, 11.26 Uhr, meldete EU-Ratspräsident Charles Michel begeistert: „We have a deal! Alle 27 Staatsoberhäupter haben dem Antrag, der Ukraine ein weiteres Unterstützungspaket von 50 Milliarden zu gewähren, zugestimmt!“

Den Dauerrebell in Brüssel, Viktor Orbán, brachte man mit Drohungen zur Raison, und so wurden Frau von der Leyens Schatzgräber in den Budgets aller Mitgliedsländer wieder fündig: Österreich, beispielsweise,

darf sich glücklich schätzen, weitere 1.200.000.000 Euro für das todbringende „Friedensprojekt“ zu spenden.

IN DEN USA REGT SICH BEREITS GEWALTIGER UNMUT

Diese Riesensumme muss man borgen: Die EU-27 sind mit 13,273 Billionen Euro verschuldet. In den USA regt sich bereits gewaltiger Unmut über die bisherige Versenkung von etwa 80 Mrd. Dollar. Die dortigen Abgeordneten stehen ihren Wählern näher als unsere Brüsseler Le-

gionäre. Es scheint, als ließe man den Statthalter in Kiew am ausgestreckten Arm verhungern.

GELDER VERSICKERN, GESCHOSSE KOMMEN KAUM AN

Umso entschlossener zwingt Brüssel die europäischen Bürger dazu, in die Bresche zu springen. Vom gespendeten Geld verschwindet vieles in dunklen Kanälen. Im Dezember 2023 wurde ein Mitarbeiter im Verteidigungsministerium wegen Veruntreuung von 36 Mio. Euro festgenommen. Im November 2023



enthob man den Vorsitzenden Richter des Obersten Gerichtshofs (!) seines Amtes. Bei ihm wurden 2,5 Mio. Euro Bestechungsgelder gefunden: Nur die Spitze eines Eisbergs?

„Wir wissen, dass die Ukraine für uns kämpft, also werden wir sie mit der notwendigen Finanzierung unterstützen ...“, predigte Frau von der Leyen mit bebender Stimme.

Es ist einfach verrückt, in Jubel auszubrechen, wenn man weitere 50 Milliarden Euro der genervten Bürger in ein geschundenes Krieg führendes Land überweisen darf. Ob von der Leyens Wissen auf soliden Fundamenten steht, bleibe dahingestellt. Die bisherigen „Gewissheiten“ der EU, z. B. was die nunmehr krachend gescheiterte Offensive anlangt, endeten jedenfalls in betretenem Schweigen. Ein bitteres Beispiel liefert auch die Ausstattung der Ukraine mit Munition: Von den groß-

Die gute Laune von Ratspräsident Charles Michel & von der Leyen am jüngsten EU-Gipfel wirkt irgendwie irritierend. Die USA haben in unseren EU-Granden willfährige Vollstrecker gefunden.

artig versprochenen Geschoßen kam nur ein Bruchteil an. In diesem fahlen Licht ist das jüngste Versprechen von 50 Mrd. Euro zu sehen: Der Internationale Währungsfonds (IWF) schätzt, dass die Ukraine in den kommenden vier Jahren 85 Mrd. Dollar Budgethilfe benötigt. Die EU steuert dazu 41 Mrd. bei, weil nicht der gesamte Betrag von 50 Mrd. Euro in den Finanzhaushalt fließt. Vom IWF kommen 11 Milliarden Dollar. Es bleibt eine Lücke von 33 Milliarden, die wohl vornehmlich die USA und Japan decken müssen – oder wieder die EU, falls die USA ausfallen. Indessen sprach Ex-Ukraine-Botschafter Melnyk Klartext und forderte satte 160 Mrd. Euro (pro Jahr!) von der EU (3,84 Mrd. davon von Österreich). Auf ein paar Nullen mehr oder weniger kommt es offensichtlich nicht mehr an.

Die Macht der USA gegenüber der zunehmenden Widerborstigkeit des Rests der Welt erreicht einen gefährlichen Kippunkt. Ein Land, dessen Pro-Kopf-Verschuldung bei 94.700 Dollar liegt, ist nicht auf Dauer fähig, weitere zig Milliarden in einen maroden Krieg führenden Staat zu pumpen. Zur Entlastung der Front gegen Russland und zur Schonung des US-Staatssäckels werden daher die Europäer herangezogen.

In Brüssel findet man dafür willige Vollstrecker. Ein vorlauter Leserbriefschreiber in der „Neuen Zürcher Zeitung“ trifft den Nagel auf den Kopf: „Die Amis zündeln gern, und jetzt bekämpfen sie den ausgelösten Flächenbrand nicht mal mehr. Wenn ihr denkt, dass die USA unsere Freunde sind, tja, falsch gedacht. Die denken zuallererst immer an sich selbst.“

Denkt man ein wenig voraus, so kommt man zu einer ernüchternden Schlussfolgerung: Die

Summen, welche die EU aufzubringen plant, werden bei Weitem nicht reichen. Die Lieferung von Munition scheitert an den Herstellungskapazitäten. Die Rekrutierung dringend nötiger zusätzlicher Soldaten (der von der Absetzung bedrohte General Valerij Saluschnij spricht von fehlenden 500.000 Mann) wird der ukrainischen Wirtschaft weitere Arbeitskräfte entziehen. Das wiederum würde die Bevölkerung nicht akzeptieren. In ein paar Monaten wird man einsehen müssen, dass ohne weitere Milliarden und vor allem immer gefährlichere und teurere Waffensysteme der Krieg für den Westen zu einem Fiasko und für die Ukraine zum finanziellen und militärischen Debakel werden wird. Was dann? Intensives Nachdenken über einen Weg zum Frieden wäre für alle Seiten dringend angebracht.

„Varus, Varus, gib mir meine Legionen wieder!“, klagte Kaiser Augustus im Jahr 9 n. Chr., als er die Nachricht von der vernichtenden Niederlage der Römer im Teutoburger Wald erhielt. Diese waren unter Quinctilius Varus von germanischen Aufständischen, angeführt von Herrmann dem Cherusker, allesamt getötet worden. Augustus war so bestürzt, dass er sich tagelang den Kopf mit den Fäusten schlug und sich ein Jahr lang weder Bart noch Haare scheren ließ.

Ob Frau von der Leyen nach dem sich abzeichnenden Waterloo Kiews ebenfalls die stets festgefügte Frisur zerrauen, sich an die Brust schlagen und das rosa Jäckchen zerreißen wird? Wird irgendjemand anklagend rufen: „Ursula, Ursula, gib uns unsere Milliarden wieder?“ Nichts davon wird geschehen. Man wird kleinlaut einem längst fälligen Friedensschluss zustimmen („We have a deal!“) und die Schuld für das historische Desaster im Kreis herumschieben.

In der EU-Zentrale ist das Wort „Verantwortung“ unbekannt. Jeder dort ist für alles zuständig, wenn’s klappt – und für nichts, wenn’s scheitert: So lässt sich’s gut leben, in Brüssel. ■

IN DER EU-ZENTRALE IST DAS WORT „VERANTWORTUNG“ UNBEKANNT.